

LAND

USA

KRISTINA KELLNER
(PRAKTIKANTIN)

März 2009

www.kas.de

www.kasusa.org

In Freundschaft: zwischen Anti-Amerikanismus und Obamamanie

DAS DEUTSCH-AMERIKANISCHE VERHÄLTNIS IM SPIEGEL DER ÖFFENTLICHEN MEINUNG

Praktikantenbericht



Inhaltsverzeichnis

USA

KRISTINA KELLNER

(PRAKTIKANTIN)

März 2009

www.kas.de

www.kasusa.org

1	DIE ÄRA OBAMA	3
2	DEUTSCH-AMERIKANISCHES VERHÄLTNIS: SUPERHERO AND BACK 1945-2001	5
3	THE „BIG DECLINE“: BUSH UND DIE DEUTSCHEN 2001 – 2008	6
3.1	DER IRAKKRIEG	7
3.2	ANTI-AMERIKANISMUS	9
3.3	DIE TRANSATLANTISCHE ENTFREMDUNG	10
4	THE „BIG HOPE“: DAS DEUTSCH-AMERIKANISCHE VERHÄLTNIS NACH BUSH	12
4.1	DAS NEUE US IMAGE IM AUSLAND – EINE PRIORITÄT FÜR OBAMA	13
4.2	DIE MARKE OBAMA	14
5	OBAMAMANIE: ILLUSION ODER NEUBEGINN IM TRANSATLANTISCHEN VERHÄLTNIS?	15
5.1	CHARMIERT OBAMA DEUTSCHLAND IN DIE ENGE?	15
6	DIE DEUTSCH-AMERIKANISCHE FREUNDSCHAFT: THE FAMILY DISPUTE?	18
7	LITERATURVERZEICHNIS	20

1. Die Ära Obama

Mit Beginn des Jahres 2009 konnte die Welt mit der Vereidigung Barack Obamas zum 44. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika einen historischen Meilenstein miterleben. Nur 46 Jahre nachdem Martin Luther King am Lincoln Memorial seine weltberühmte Vision „I have a dream“ proklamierte, ist zum ersten Mal ein Afroamerikaner in das Weiße Haus eingezogen. Die Wahl Obamas weckt jedoch nicht nur bei den Amerikanern Hoffnung auf einen drastischen politischen Kurswechsel. Die ganze Welt blickt erwartungsvoll auf den jungen Hoffnungsträger in Washington. Noch nie zuvor hat eine amerikanische Präsidentschaftswahl international soviel Aufmerksamkeit erweckt. Hätten die Franzosen, Briten oder Deutschen bei der amerikanischen Wahl ein Mitspracherecht gehabt, so hätten in allen drei Ländern über zwei Drittel der Bevölkerung für Obama gestimmt.¹

Obama hat mit seiner großen Popularität von der Welt einen wertvollen Vertrauensvorschuss geschenkt bekommen. Dennoch fürchten kritische Stimmen, dass er dem immensen Erwartungsdruck kaum gerecht werden kann und er vielleicht doch nur der nächste *Bush* sein könnte.² Barack Obama sieht sich vor großen Herausforderungen, welche ihm von seinem Vorgänger hinterlassen wurden. Wenngleich die Welt zwischen der Politik der Bush-Regierung und der amerikanischen Bevölkerung an sich zu unterscheiden weiß, so hat die weltweite Unzufriedenheit mit der amerikanischen Politik in den letzten Jahren einen Anti-Amerikanismus gefördert, der das Image der USA schwer beschädigt hat.

Bereits im Wahlkampf hat sich Obama mit einem neuen, innovativen Politikstil präsentiert. Früh kündigte er an, dass mit ihm als Präsidenten die unilaterale Vorgehensweise seines Vorgängers ein Ende haben soll und man künftig nicht mehr *für*, sondern *mit* anderen Nationen *Policy* machen wolle. Er setzt innenpolitisch auf eine stärkere soziale Balance und außenpolitisch auf eine internationale Verständigung und einen gegenseitigen Interessenausgleich. Amerika soll nicht mehr nur die militärische und wirtschaftliche Supermacht sein, sondern auch wieder als starker großer Bruder und Partner von der Welt geschätzt werden.³

¹ Vgl. <http://www.gallup.com/poll/109018/Britons-French-Germans-Solidly-Back-Obama.aspx>

² Vgl. Lehmg, Malte: „Obama und Deutschland. Doch nur der nächste Bush?“. Tagesspiegel, 31.03.2009.

³ Vgl. http://www.worldpublicopinion.org/pipa/pdf/jan09/BBC_Inaugural_Jan09_rpt.pdf

Die Internationale Finanzkrise, die im Sommer 2008 in den letzten Monaten der Amtszeit Bush in den USA ihren Anfang nahm, stellt die junge Regierung jedoch vor große Herausforderungen. Daneben gilt es die zwei vererbten Kriege im Irak und Afghanistan zu lösen und mit den bislang als „Schurkenstaaten“ gemiedenen Ländern, wie beispielsweise dem Iran, eine neue Kommunikationsebene zu finden. Um diese Aufgaben zu bewältigen, braucht Obama die Unterstützung der internationalen Staatengemeinde.

Der Persönlichkeitsfaktor: Bush vs. Obama

Das Bild Amerikas hat im Ausland in den letzten Jahren nahezu überall schweren Schaden erlitten. Hervorzuheben ist dabei, dass gerade die wirtschaftlich stark entwickelten Länder, wie Deutschland, sich zunehmend von Amerika distanzieren haben.⁴ Grund dafür ist nicht zuletzt der Vorwurf, Amerika hätte als Verursacher der Wirtschaftskrise die gesamte Welt in eine ökonomische Talfahrt gezogen. Doch dies ist nur einer von vielen Punkten auf der Kritikliste gegen die Supermacht.

Nach dem 11. September 2001 einte die westliche Welt ein tiefes Solidaritätsgefühl für die USA. Ohne Zögern sprachen Regierungschefs in ganz Europa ihre Unterstützung aus. Was zunächst wie eine starke demokratische Allianz für den Frieden wirkte, wurde jedoch in den Folgejahren auf Grund der unilateralen Vorgehensweise Bushs immer mehr zu einer Vertrauensprobe hinsichtlich der internationalen Beziehungen. Bereits 2002 sanken die Sympathiewerte beträchtlich. So wuchs in Westeuropa kontinuierlich die Ablehnung gegen die außenpolitische Zielsetzung der USA. Im Jahr 2000 gaben noch 78 % der Deutschen an, den USA gegenüber positiv aufgeschlossen zu sein – eine Unterstützung die nur fünf Jahre später auf unter 40 % gesunken war.⁵ Der von Präsident Bush initiierte *war on terror* hatte anfangs starke Unterstützung unter den europäischen Verbündeten gefunden. Doch bereits ein Jahr nach den Angriffen auf das World Trade Center wendete sich die öffentliche Meinung in nahezu allen Ländern. Der Bundestagswahlkampf 2002 in Deutschland, in der sich Kanzler Schroeder vor allem durch seine Ablehnung einer deutschen Irak-Beteiligung positionierte, zeigte, wie stark dieses Thema auch die deutsche Öffentlichkeit beschäftigte.

Obama ist nun noch nicht mal 100 Tage im Amt. Noch viele Stellen in seiner Administration sind unbesetzt und zu vielen Themen hat er sich noch nicht geäußert. Vor diesem Hintergrund ist es in der derzeitigen Situation äußerst schwierig festzustellen, welche Rolle die USA in Zukunft spielen soll und will. Fest steht, dass die Welt große Erwartungen an den

⁴ Vgl. <http://pewglobal.org/reports/display.php?ReportID=165>

⁵ Vgl. ebd.

neuen Chef im Weißen Haus hat. Gerade in Deutschland ist nach der kritischen Haltung gegenüber dem ehemaligen Präsidenten Bush nahezu eine „Obamanie“ ausgebrochen. Nach einem kurzen Überblick über die historische Entwicklung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses soll nach der ursächlichen Darstellung des Antiamerikanismus mit Blick auf das derzeitige Phänomen der *Obamanie* der neue Status quo des transatlantischen Verhältnisses skizziert werden.

2. Deutsch-amerikanisches Verhältnis: Superhero and back 1945-2001

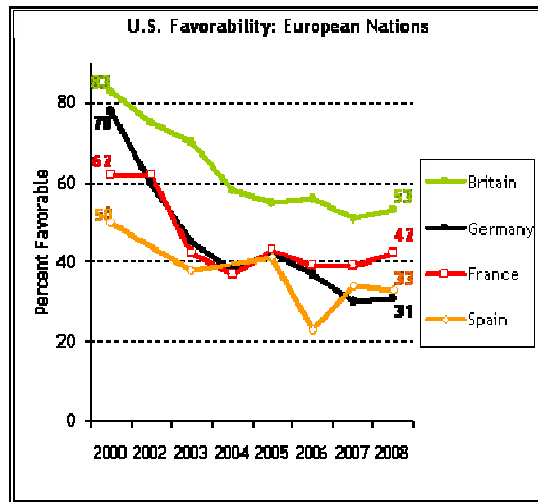
Seit Ende des Zweiten Weltkrieges verbindet die USA und Deutschland eine außergewöhnliche Freundschaft. An Hand einiger ausgewählter historischer Ereignisse soll nachfolgend ein Bild des deutsch-amerikanischen Verhältnisses von 1945 bis 2001 skizziert werden.

Die Kapitulation Deutschlands und die Besetzung durch die Alliierten markiert in der deutschen Historie die *Stunde Null* und den Beginn einer neuen Epoche. Wenngleich keine Umfragezahlen (wie man sie heute kennt) aus den ersten Jahren der zweiten deutschen Demokratie vorliegen, gibt es wohl kaum Zweifel daran, dass die deutsche Bevölkerung den vormaligen Nazifeind und späteren Befreier Amerika schnell als Freund angesehen hat. Anfänglich hatten die Deutschen keine andere Wahl als sich mit dem Besatzer zu arrangieren. Die enorme finanzielle Unterstützung im Rahmen des Marshallplans und der gemeinsame Wiederaufbau des Nachkriegsdeutschlands verdeutlichten den Deutschen jedoch schnell, dass sie mit den USA an ihrer Seite nicht nur die Freiheit, sondern auch eine besondere Freundschaft dazu gewonnen hatten. Manifestiert wird dieses besondere Verhältnis durch die einmalige Hilfsaktion, die die Amerikaner während der Berliner Blockade 1948 – 1949 organisierten. Im Machtkampf mit der Sowjetunion startete die USA eine noch nie da gewesene logistische Rettungsaktion für die heutige Hauptstadt und gewann spätestens damit die Herzen der Deutschen. Bis heute unvergessen für das deutsch-amerikanische Verhältnis, ist auch der Berlinbesuch des amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy im Jahre 1963. Zwei Jahre nach dem Mauerbau strömten 300.000 Berliner zum Rathaus Schöneberg. Mit seinem berühmten Ausspruch „Ich bin ein Berliner“ richtete er eine Solidaritätsbekundung an ganz Deutschland und verfestigte damit die Freundschaft mit den USA.

Doch das Länderverhältnis zwischen Deutschland und den USA sollte nicht für immer nur durch Harmonie und Bewunderung geprägt sein. Schwere Proteste – vor allem von politisch-links orientierten Jugendlichen und Intellektuellen – waren 1968 die Reaktion auf die amerikanische Vietnam-Politik. Die bedingungslose Bewunderung wich zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte einer weitgreifenden Ablehnung, die jedoch ambivalent erschien: Im gleichem Atemzug verehrte die junge 68er Ge-

neration die amerikanische Kultur und übte massive Kritik am amerikanischen Vietnam-Krieg.

Waren zunächst nur die Jungen aktiv, so formierte sich 1979 im Zuge des



Nato-Doppelbeschlusses in West-Deutschland eine neue politische Bewegung: Die *Grünen*, die als selbster-nannte Friedensbewegung gegen die Stationierung des geplanten Raketenabwehr-system demonstrierten. Der grüne Anti-Amerikanismus wurde allerdings von der breiten Bevölkerung nicht geteilt.

Ein weiterer Eckpfeiler im deutsch-amerikanischen

Verhältnis war der Besuch von Präsident Reagan. Mit seinem berühmten Ausspruch vor dem Brandenburger Tor im Jahre 1985 („Mister Gorbachev tear down this wall“) brachte er die tiefe amerikanische Verbundenheit zum Ausdruck, gemeinsam mit Westdeutschland für die Wiedervereinigung einzutreten. Das Amerikabild der Deutschen verschlechterte sich jedoch nur kurze Zeit später. Die US-Außenpolitik im Rahmen des ersten Golf-Krieges erregte großes Aufsehen und Widerstand. *No Blood for Oil* war der Ausruf der deutschen Kritiker, die sich gegen das Vorgehen von Präsident Bush senior stellten. Dennoch lässt sich in diesem Zusammenhang nicht von einem generellen Antiamerikanismus sprechen. Vielmehr handelte es sich um eine aktionsbezogene Ablehnung amerikanischer Politik. Die enge Verbundenheit mit den USA wurde in ganz Deutschland nach dem Terroranschlag auf das World Trade Center am 11 September 2001 spürbar. Spontan wurden damals im ganzen Land dutzende von Solidaritätsbekundungen organisiert.

3. The „Big Decline“: Bush und die Deutschen 2001 - 2008

Doch die bedingungslose Loyalität mit der USA und deren *war on terror* wich bereits kurze Zeit nach den Terroranschlägen einer allgemeinen Skepsis. So gaben 2000 noch 78 % der Deutschen an, der USA gegenüber positiv aufgeschlossen zu sein (vgl. Abbildung).⁶ Nur drei Jahre später, im Jahre 2003, äußerten 71 % der Befragten ihren Unmut über den Politikstil des Präsidenten Bush. Deutlich wurde die kritische Haltung gegenüber den USA auch durch die Antwort auf die Frage nach dem besten

⁶ Vgl. <http://pewglobal.org/reports/display.php?ReportID=263>

Freund Deutschlands: Im Jahr 2003 bekannten sich nur mehr 11% zu den USA als ihren besten Freund.⁷

Ursache für diese ablehnende Haltung war die als unilateral wahrgenommene außenpolitische Vorgehensweise der USA. Anzumerken ist dabei jedoch, dass sich die kritische öffentliche Haltung der Deutschen auf das Handeln der amerikanischen Eliten, allen voran Präsident Bush, bezog und nicht gegen die amerikanischen Staatsbürger per se gerichtet war.⁸ In den folgenden Jahren hatte sich die Skepsis gegenüber der amerikanischen Führung noch verstärkt. 2007 hielten 48 % der befragten Deutschen die USA für eine größere Gefahrenquelle für den Weltfrieden als den Iran (31 %).⁹ Die Bedenken richteten sich dabei vor allem gegen die amerikanische Verteidigungsdoktrin, in der viele Deutsche eine Bedrohung des europäischen Friedens sahen. Die jüngste Diskussion über eine mögliche amerikanische Raketenstationierung in Tschechien hat diese Angst wieder aufkeimen lassen.

3.1. Der Irakkrieg

Auf die Frage, warum die deutsche Bevölkerung der amerikanischen Führung in den letzten Jahren immer kritischer gegenüber stand, gibt es mehrere Erklärungsansätze. Nachfolgend sollen vier Gründe näher ausgeführt werden.

Die Umfrageergebnisse zeigen deutlich, wie sehr sich die amerikanische und deutsche Meinung über den Irakkrieg unterscheidet (vgl Grafik).¹⁰ Am größten ist der Unterschied in der Frage der anzuwendenden Mittel: 65 % der Amerikaner vertraten 2002 die Ansicht, dass einem Einmarsch in den Irak nur mittels eines internationalen UN-Mandats erfolgen sollte. Wenngleich diese Meinung in Deutschland nur von 56 % der Befragten vertreten wurde, ist anzumerken, dass die deutsche Bevölkerung dem Einsatz von Waffen bei einer Invasion deutlich kritischer gegenüber stand.¹¹ Die deutsche Geschichte hat eine öffentliche Skepsis gegenüber dem Einsatz von Waffen erzeugt. Der Artikel 25 des deutschen Grundgesetz fordert, dass dem Einsatz von militärischen Waffen ein internationa-

⁷ Vgl. Petersen, Thomas: "Gefährdete Freundschaft", Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.03.2003, Seite 5.

⁸ Vgl. <http://pewglobal.org/reports/display.php?ReportID=252>

⁹ Vgl. http://www.welt.de/politik/article781382/Deutsche_halten_USA_fuer_gefaehrlicher_als_Iran.html

¹⁰ Vgl. <http://pewglobal.org/reports/display.php?ReportID=165>

¹¹ Vgl. http://www.worldviews.org/key_findings/transatlantic_report.htm

USA

KRISTINA KELLNER

(PRAKTIKANTIN)

März 2009

www.kas.dewww.kasusa.org

les Mandat zu dessen Legitimierung voraus geht. Diese Verpflichtung reflektiert die deutsche Philosophie, den Einsatz von militärischen Mitteln als „ultima ratio“ zu verstehen, auf die nur im multilateralen Kontext zurückgegriffen werden sollte.

	U.S. %	Britain %	France %	Germany %	Russia %	Turkey %
<i>How much of a danger is Iraq?</i>						
Great/moderate	84	85	67	82	55	48
Small/none	7	10	30	14	28	40
Don't know	9	5	3	4	17	12
	100	100	100	100	100	100
<i>Saddam Hussein...</i>						
Must be removed	n/a	75	63	75	42	44
Can be disarmed		20	32	19	32	40
Don't know		5	5	6	26	16
		100	100	100	100	100
<i>Which explains American use of force</i>						
The U.S. believes Saddam is a threat	67	45	21	39	15	n/a
The U.S. wants to control Iraqi oil	22	44	75	54	76	
Don't know	11	11	4	7	9	
	100	100	100	100	100	
<i>Using force to remove Saddam</i>						
Favor	62	47	33	26	12	13*
Oppose	26	47	64	71	79	83*
Don't know	12	6	3	3	9	4*
	100	100	100	100	100	100

* Turkish respondents asked about allowing the U.S. and its allies to use bases in Turkey for military action.

Dementsprechend wurde der amerikanische Krieg im Irak in Deutschland häufig als ein unilateraler Angriff ohne internationales Mandat und ohne ausreichende Beweismittel für dessen Notwendigkeit angesehen. Der Bundestagswahlkampf 2002 hatte sich in Deutschland damals stark auf die Frage nach einer deutschen Beteiligung konzentriert.

Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte es abgelehnt die „Koalition der Willigen“ zu unterstützen. Wenngleich dieser Entscheidung das deutsch-amerikanische Verhältnis für kurze Zeit einzufrieren drohte, unterstützte doch die Mehrheit der Deutschen Schröders Entschluss. Man war sich einig, dass die unilaterale Vorgehensweise der USA im klaren Gegensatz zur deutschen Außenpolitik stand. Jedoch gilt es dabei anzumerken, dass

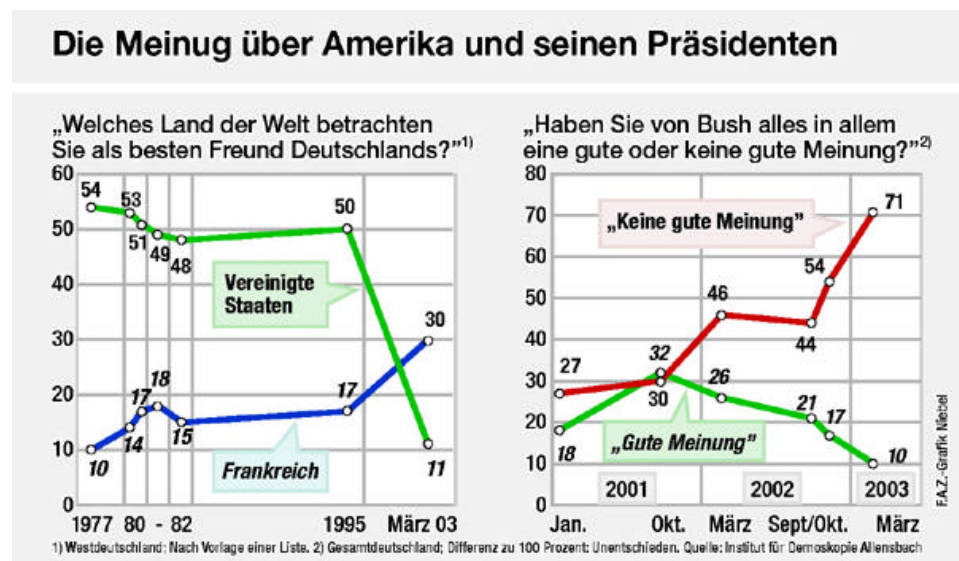
Preferences on using U.S. troops to invade Iraq								
<i>The U.S. should...</i>	GB	FR	GER	NL	IT	PL	EUROPE	U.S.
...not invade Iraq	20%	27%	28%	18%	33%	26%	26%	13%
...only invade with UN approval and support of allies	69%	63%	56%	70%	54%	53%	60%	65%
...invade Iraq even if they/we have to do it alone	10%	6%	12%	11%	10%	10%	10%	20%

Source: The German Marshall Fund of the United States and The Chicago Council on Foreign Relations.

die kritische öffentliche Haltung weniger auf einem allgemeinen Anti-Amerikanismus basierte, sondern sich gegen die außenpolitische Entscheidung der Bush-Regierung an sich richtete.

3.2. Anti-Amerikanismus

Die elementare Frage ist zunächst, was unter Anti-Amerikanismus überhaupt zu verstehen ist. Paul Hollander widmete diesem Thema ein ganzes Buch.¹² Er untersuchte die unterschiedlichen Ausprägungen dieses Phänomens und seine Erscheinungsformen in den verschiedenen Weltregionen. Folgt man der Darstellung des Autors lässt sich ein erster deutscher Anti-Amerikanismus bereits im frühen 19. Jahrhundert erkennen lassen. Grund für die ablehnende Haltung war, dass man die liberale und moderne Lebensweise, wie sie auf der anderen Seite des Atlantiks praktiziert wurde, in der alten Welt als unanständig und sittenlos empfand.



So dargestellt, wird jedoch das Länderverhältnis in eine Ecke gedrängt, die der deutsch-amerikanischen Freundschaft nicht gerecht wird (vgl. Kapitel 2). Es drängt sich die Frage auf, ob Anti-Amerikanismus als eine Art Modeerscheinung bezeichnet werden kann. Gerade bei der jungen deutschen Generation schien es in den letzten Jahren immer populärer zu werden, dem Unmut gegenüber dem Politikstil Bushs mit einer generellen Ablehnung gegenüber Amerika Luft zu machen. Dennoch ist Anti-Amerikanismus nicht einfach anhand einiger empirischer Daten zu messen. Vielmehr fußt er auf einer Vielzahl von Faktoren. Bei der Lektüre der dazu in den letzten Jahren scheinbar unzählig erschienenen Artikel stehen zwei Gründe hervor. Während der Amtszeit Bush ist in der öffentlichen Meinung eine generelle Skepsis gegenüber der amerikanischen Außenpolitik entstanden, die häufig auch durch die kritische Berichterstat-

¹² Vgl. Hollander, Paul: „Understanding Anti-Americanism“, 2004.

tung der Medien noch zusätzlich verstärkt wurde.¹³ Mehrmals war Präsident Bush im Cowboy Auftritt oder im Rambo Look auf den Titelblättern deutscher Politikmagazine karikiert worden. Hand in Hand mit dieser Darstellung ging häufig der Vorwurf die USA habe eine *Rallye-around-the-flag-Mentalität*¹⁴ und handle als ein „bully in the schoolyard“ rücksichtslos über die Meinung anderer hinweg. Aber auch auf amerikanischer Seite wurde sich einiger Stereotypen bedient. Besonders kränkend wurde in Deutschland dabei die Aussage empfunden, man verhalte sich im Zusammenhang mit dem Irakkrieg wie ein Fähnchen im Wind und stünde in der Not dem alten Freund nicht zur Seite.

3.3. Die Transatlantische Entfremdung

Wie jede Beziehung ist auch eine Staatenfreundschaft im Laufe der Zeit Schwankungen ausgesetzt. Es wäre daher deutlich zu kurz gegriffen, den Wandel des deutsch-amerikanischen Verhältnisses nur auf einen, durch Bushs Politikstil verursachten, Anti-Amerikanismus zurückzuführen. Vielmehr hat sich im Laufe der Jahre die Länderbeziehung weiterentwickelt und verändert.

Favorable Opinion of Americans					
	% very/somewhat favorable				
	2002	2003	2004	2005	2006
	%	%	%	%	%
Great Britain	83	80	73	70	69
France	71	58	53	64	65
Germany	70	67	68	65	66
Spain	--	47	--	55	37
Russia	67	65	64	61	57
Jordan	53	18	21	34	38
Indonesia	65	56	--	46	36
Egypt	--	--	--	--	36
Pakistan	17	38	25	22	27
Turkey	31	32	32	23	17
Nigeria	--	67	--	--	56
Japan	73	--	--	--	82
India	58	--	--	71	67
China	--	--	--	43	49

Einer der Gründe ist, dass die ehemalige politische Elite, die entscheidend die Anfangsphase des transatlantischen Verhältnisses beeinflusst hatte, heute nicht mehr aktiv ist. Die sogenannte „Candybomber Generation“ wurde von Politikern wie Gerhard Schröder oder Joschka Fischer abgelöst. Als 68er Generation kämpften sie gegen die Vietnam Politik der USA an. Diese Politiker haben ein neues Verständnis der transatlantischen Beziehungen geprägt. Weitaus weniger emotional sieht man das Verhältnis zur Supermacht auf der anderen

Seite des Atlantiks vielmehr als eine herzliche Geschäftsbeziehung. Man könnte sagen, Deutschland ist „erwachsen“ geworden. Unterstrichen wird dies durch die Aussage Gerhard Schröders im Rahmen der Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag des D-Days im Jahre 2004. Unmissverständlich formulierte er, dass Deutschland, über ein halbes Jahrhundert nach Ende des Zweiten Weltkrieges, die Wahl haben müsse, frei Entscheidungen treffen zu können. Allen voran müsse dies auch die Wahl beinhalten, Nein zu sa-

¹³ Vgl. Spiegel 44/2008 vom 27.10.2008 „Die Bush-Krieger“

¹⁴ In Krisenzeiten rutscht die Nation enger zusammen und besinnt sich auf ihre nationale Werte und Interessen. Dies wird im englischen mit dem Begriff „rally around the flag“ bezeichnet.

USA

KRISTINA KELLNER

(PRAKTIKANTIN)

März 2009

www.kas.de

www.kasusa.org

Deutschlands neuer Europafokus

Deutschland hat sich auch außenpolitisch von den USA dergestalt emanzipiert, dass der Fokus mehr auf innereuropäischen als auf transatlantischen Beziehungen liegt. Wenngleich die europäische Union auf dem Weg zu einer gemeinsamen Verfassung noch einige Hürden zu nehmen hat, so ist der globale Einfluss der Gemeinschaft doch bereits groß. Dabei spielt gerade Deutschland als Motor für die europäische Integration eine entscheidende Rolle. So ist es nicht verwunderlich, dass die einstige transatlantische Fokussierung der neuen deutschen Europaidentität Platz machen musste. Dieses Europabewusstsein spiegelt sich auch in der öffentlichen Meinung der Deutschen wider. So sahen 2003 30 % der Deutschen in Frankreich den besten Freund ihrer Nation – nur 11 % nannten demgegenüber die USA als bevorzugten Partner. (vgl. 1987 sahen über 50 % der Befragten die USA als Deutschlands besten Freund).¹⁶

Die deutsche Identitätskrise

Eine klare Definition von deutschen außenpolitischen Interessen oder Perspektiven lässt sich auch zwanzig Jahre nach Wiedervereinigung nur schwer treffen. In der öffentlichen Meinung der Deutschen hat das Ansehen der USA vor allem auf Grund der Irakpolitik von Präsident Bush an Glanz verloren. Kanzler Schröders Entschluss, die USA bei ihrer Irak Invasion nicht zu unterstützen, hat unter Wissenschaftlern kontroverse Diskussionen ausgelöst. Während das eine Lager den Bruch mit der amerikanischen Außenpolitik als völlig normal ansah und den deutschen Weg als notwendige Emanzipation bei der Rückkehr zur politischen Weltbühne bezeichneten – kritisierten Andere das Verhalten als ein *Selbstmanövrieren ins internationale Abseits* und eine *Erosion der Gestaltungsmacht*.¹⁷

Ist das Konzept einer institutionell in Europa eingebetteten Zivilmacht für Deutschland noch zutreffend? Oder handeln deutsche Eliten heute, wie in jedem anderen Nationalstaat auch, gemäß einer interessengeleiteten Machtpolitik? Während sich die deutsche Außenpolitik für manche nun endlich zu normalisieren beginnt, sprechen andere von einer deutschen

¹⁵ Vgl. Risse, Thomas: Kontinuität durch Wandel: Eine neue deutsche Außenpolitik? Nr 11. 08.03.2004. Das Parlament: Aus Politik und Zeitgeschichte.

¹⁶ Vgl. Petersen, Thomas: "Gefährdete Freundschaft", Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.03.2003, Seite 5.

¹⁷ Vgl. Vgl. Risse, Thomas: Kontinuität durch Wandel: Eine neue deutsche Außenpolitik? Nr 11. 08.03.2004. Das Parlament: Aus Politik und Zeitgeschichte.

Identitätskrise. Wenngleich sich selbst der deutsch-amerikanische Konflikt um eine Irakbeteiligung an Hand des Zivilmachtkonzepts erklären lässt, drängen sich doch mehrere ungeklärte Fragen bezüglich einer deutschen, außenpolitischen Identität auf.

Das wiedervereinigte Deutschland hat im Staatenclub noch keine klare Position gefunden. Die Außenpolitik hat sich seit 1989 nicht in dem erwarteten Maße verändert. Nach wie vor ist man sich uneinig, wo sich Deutschland international positionieren sollte und vor allem aber auch möchte. Ist die Rolle der stillen, europäischen Mittelmacht noch passend? Oder ist Deutschland nicht vielleicht längst aus diesem Kostüm herausgewachsen und bereit, eine führende Rolle in Europa zu übernehmen?

Deutschland wird von einer neuen Generation von Politikern gelenkt, die für sich den Anspruch erhebt, auch Nein sagen zu können.¹⁸ Die einstige „everybody's darling“ Rolle, in die man nach dem Zweiten Weltkrieg von der internationalen Staatengemeinde gedrängt wurde und in der man sich auch lange wohl fühlte, scheint damit unvereinbar. Das neue Selbstbewusstsein birgt jedoch auch die Übernahme verantwortungsvoller Aufgaben als Konsequenz. Eine europäische Führungsposition passt nicht mit einer internationalen Zurückhaltung im Kriegsfall¹⁹ zusammen. Damit muss sich Deutschland jedoch die Frage stellen, welche Art von Einsatz man in künftigen Konflikten zu leisten bereit ist. Als Präsident Bush Deutschland aufforderte die Koalition der Willigen zu unterstützen, konnte man sich mit dem Verweis auf die einzelgängerische Vorgehensweise aus der Verantwortung ziehen. Präsident Obama beherrscht jedoch das Spiel der richtigen diplomatischen Tonlage. Das transatlantische Verhältnis ist mit Obama wieder aufgetaut. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die USA künftig weniger von Deutschland erwarten wird. So gilt es für Deutschland zu definieren welche Interessen es künftig vertreten will.

4. The „Big hope“: Das deutsch-amerikanische Verhältnis nach Bush

Wenn Deutschland bei der US-Präsidentschaftswahl ein Mitspracherecht gehabt hätte, könnte Obama auf eine stabile Unterstützung von 62 % der befragten Deutschen setzen.

¹⁸ Kamp, Karl-Heinz: „Der deutsche Weg. Sicherheitspolitische Halbzeitbilanz der Bundesregierung.“ Konrad-Adenauer-Stiftung, Nr. 418 September 2004.

¹⁹ Die Definition von Kriegsfall bezieht sich in diesem Zusammenhang auch auf die Invasion im Irak. Der Einsatz militärischer Mittel, wie es in Afghanistan der Fall war, kann dabei international unterschiedlich beurteilt werden.

USA

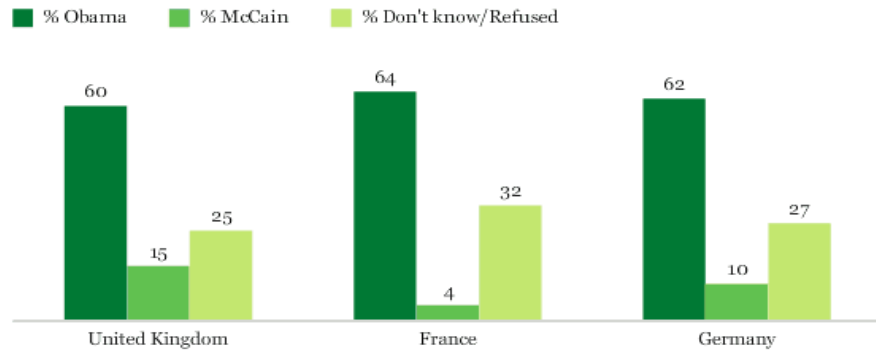
KRISTINA KELLNER
(PRAKTIKANTIN)
März 2009

www.kas.de
www.kasusa.org

Die Deutschen haben den Politikwechsel in Washington herbeigesehnt. Lange hatte Deutschland die USA für ihre wirtschaftliche Stärke, den Optimismus (das Land der unbegrenzten Möglichkeiten) und seine Vitalität

*Who would you personally rather see elected President of the United States
(ROTATED: Barack Obama or John McCain)?*

Based on adults, 15 years or older, surveyed in each country



2008

GALLUP POLL

bewundert. Im Laufe der Amtszeit Bush ist dieses Gefühl jedoch einer Skepsis und Ablehnung gewichen. Obama war Europas Wunschkandidat. Nicht zuletzt, weil er die während der Amtszeit Bush vermissten Attribute wiedervereint darstellt. Wie Josef Janning von der Bertelsmann Stiftung betont, hätte die USA mit Obama mehr gewonnen als nur einen Präsidenten – vielmehr würde sich das Land für die Welt neu erfinden und damit in Hinblick auf die internationale Politik positive Erwartungen schüren.

4.1. Das neue US Image im Ausland – eine Priorität für Obama

Das US Accountability Office, ein überparteilicher, für den Kongress tätiger Think Tank, deklarierte die öffentliche Diplomatie (*public diplomacy*) als eine der Top-Ziele der Obama Regierung. Public Diplomacy beinhaltet alle staatlichen sowie zivilgesellschaftlichen Anstrengungen, die darauf ausgerichtet sind, die öffentliche Meinung im Ausland zu beeinflussen und zu formen.²⁰ Weltweit hatte das Amt des mächtigsten Mannes der Welt durch George Bush Schaden erlitten. So fordert der Think Tank, dass nicht nur die Regierung Obama, sondern alle amerikanischen Akteure ihre Anstrengungen darauf richten müssten, das US-Bild in der Welt wieder zu verbessern. Man müsse mehr zuhören und weniger selber reden. Obama tritt ein schweres Amt an. Die Welt schwebe derzeit noch in einer Art „Obama-Honeymoon“. Es ist Aufgabe guter Public Diplomacy Strategen,

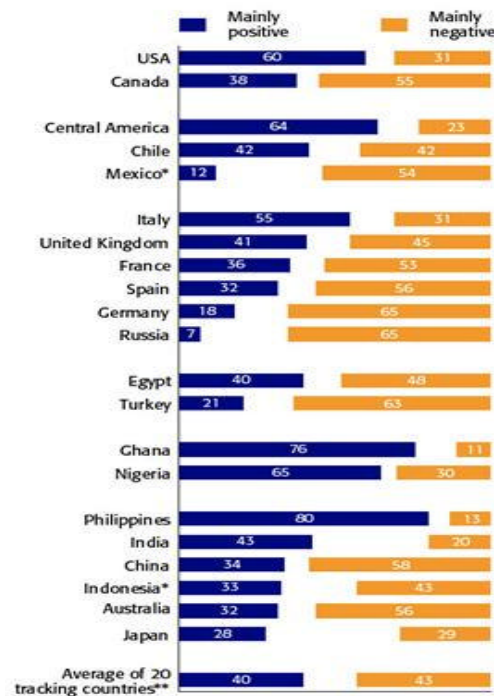
²⁰ Vgl. Snow, Nancy: „Persuader-in-Chief: Global Opinion and Public Diplomacy in the Age of Obama“, Nimble Books, 2009. S. 1 ff.

diesen Vertrauensvorschuss zu nutzen, um damit die angeschlagene Länderbeziehungen wieder auf loyale Beine zu stellen.

Bereits während seines Wahlkampfes hat Obama wiederholt angekündigt, stärker mit der Welt ins Gespräch treten zu wollen. Er ist sich bewusst, dass eine erfolgreiche Kommunikation in einer globalisierten Welt für die erfolgreiche außenpolitische Interessensvertretung von größter Bedeutung ist. Mit dem Besuch des Vizepräsidenten Joe Biden auf der Münchner Sicherheitskonferenz hat Obama in Deutschland bereits ein erstes Zeichen gesetzt. Die Welt braucht die USA und die USA braucht die Welt.

4.2. Die Marke Obama

Views of the United States' Influence
By Country, January 2009



*Sample profile has changed
**Does not include views of subject country
The white space in this chart represents "Depends," "Neither/neutral," and "DK/NA."

Die Medien titulierte Barack Obama häufig als „die perfekte amerikanische Mischung“.²¹ ne nahezu popstarähnliche larität verdankt er einer Kombination mehrerer Faktoren: Er ist weiß und schwarz. Seine Wurzeln liegen in Afrika und Amerika. Er hat längere Zeit im islamischen Indonesien gelebt und ein Teil seiner Familie sind Muslime. Zugleich ist er selber im christlichen Glauben zu Hause. Seine Biographie könnte nicht besser den amerikanischen Traum verkörpern und eine Vielzahl unterschiedlicher amerikanischer Randgruppen verkörpern. Als Sohn einer alleinerziehenden Mutter hat er es durch Leistung nach Harvard geschafft, um später als Senator für Illinois in den Kongress und schließlich ins Weiße Haus einzuziehen. Obama hat nach dem Ende der Bush-Ära

ein neues Präsidenten-Image ins Weiße Haus transportiert. Dies spiegelt auch den gesellschaftlichen Wandel in Amerika wieder. Seit jeher ist die USA Heimat von Immigranten aus der ganzen Welt. Laut Studie des amerikanischen Think Tank *The Brookings Institution* sind die sozialen Strukturen des Landes jedoch neuen Veränderungen unterworfen. Heute stellen in 35 von 50 amerikanischen Großstädten Latinos, Afroamerikaner,

²¹ Vgl. Brink, Nana: „Präsident mit Rabattgarantie“, Rheinischer Merkur 08/2009, S. 29.

Asiaten und illegale Einwanderer die Mehrheit der Bevölkerung. Diese Minderheitengruppen konnte Obama für sich gewinnen.

5. Obamamanie: Illusion oder Neubeginn im transatlantischen Verhältnis?

Barack Obama kann sich in Deutschland größter Beliebtheit erfreuen. Bereits vor der Präsidentschaftswahl löste sein erster Deutschland-Besuch große Begeisterung aus. Mehr als 200.000 Berliner strömten in Berlin zur Siegessäule, um die Rede des „schwarzen Kennedy“ zu hören.

Die Erwartungen, die seine eigene Nation an ihn stellt sind groß – die Hoffnungen die die Welt in ihn hat, sind grösser. Fraglich ist, wie lange Obama dieses Bild - des beliebten „Polit-Messias“ - weiterhin repräsentieren kann und will. Wie Helga Haftendorn anmerkt, wird „das weltpolitische Geschehen den amerikanischen Präsidenten zu Entscheidungen zwingen, die den europäischen Präferenzen und Prioritäten widersprechen“. Wenn gleich für Deutschland die Wahl Barack Obamas die Chance auf einen Neuanfang des transatlantischen Verhältnisses bedeutet, wird auch Barack Obama – auch wenn er sich dabei eines anderen Tons bedient - amerikanische Politik für Amerika machen.²² Und gerade daher gilt es für Deutschland, auf die Zwischentöne zu hören. Obama will die Krise nutzen, um die USA mittelfristig wieder zur alten Größe zurückzuführen. So verwies das Handelsblatt, dass man künftig „sauber unterscheiden müsse, wo die amerikanische Agenda im europäischen und deutschen Interesse liegt – und wo nicht.“²³

5.1. Charmiert Obama Deutschland in die Enge?²⁴

Paul Krugmann, Volkswirtschafts-Professor in Princeton, Nobelpreisträger und New York Times Kolumnist mit gefürchtet scharfer Zunge, kritisierte kürzlich im März die Europäer und allen voran die Deutschen, zu wenig für den globalen Wirtschaftsaufschwung zu unternehmen.²⁵ Krugmann sprach von einer deutschen „boneheadedness“ und widmete den in sei-

²² Vgl. Haftendorn, Helga: Haftendorn, Helga: Haftendorn, Helga: „Die außenpolitischen Positionen von Obama und McCain, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 37-38 2008, September 2008

²³ Vgl. Obama strebt neue Größe an.“ Handelsblatt online, 31.03.2009.

²⁴ Vgl. Gebauer, Matthias: „Obama charmiert Europa in die Enge“. Spiegel Online, 03.04.2009.

²⁵ Vgl. Hagelüken, Alexander: „Krugman's Brash Theories: Is Germany really not doing enough to fight the crisis?“ The Atlantic Times, 04. April 2009.

nen Augen so offensichtlich finanzpolitischen Fehlentscheidungen von Peer Steinbrueck eine eigene Kolumne.²⁶ Kernaussage seiner Kritik ist, dass wenn Deutschland noch lange zögere, weitere Finanzmittel bereit zustellen, liefe die gesamte europäische Wirtschaft Gefahr in eine noch größere Talfahrt abzurutschen.

Weniger offensiv, aber dennoch unmissverständlich war Obamas Aufruf während seiner Europa-Reise zum G20 Gipfel. Eindringlich appellierte er an die deutsche Regierung, stärkere Maßnahmen gegen die Rezession zu ergreifen. Er warnte davor, die bisherigen Maßnahmen als Garantie für die Überwindung der größten Rezession seit sechs Jahrzehnten anzusehen.²⁷ Könnte die Finanzkrise für Angela Merkel das werden, was für Gerhard Schröder der Irakkrieg war – nämlich ein elementarer Grund, das transatlantische Verhältnis schwer zu belasten?²⁸ Derzeit scheint es, als hätte Präsident Obama mehr Erfolg bei den ehemaligen amerikanischen Feinden aus der Zeit des Kalten Krieges, als bei den europäischen Verbündeten. So konnte er während des G20 Gipfels sowohl mit Russland als auch mit China Verhandlungserfolge im Bereich Handel und Abrüstung erzielen. Uneinigkeit über das weitere Vorgehen in Sachen Wirtschaftskrise herrscht demgegenüber jedoch mit Deutschland und Frankreich.²⁹ Sowohl Angela Merkel als auch Nikolas Sarkozy sprachen sich einstimmig für eine stärkere Regulierung der internationalen Finanzmärkte aus. Differenzen mit Obama gibt es jedoch bezüglich der Wahl der Mittel und der Vorgehensweise. Wie Tony Travers, Politikprofessor an der London School of Economics in der Chicago Tribune betonte, hätten die unterschiedlichen Sichtweisen der Deutschen und Franzosen einerseits und der Briten und Amerikaner andererseits, eine lange Tradition.³⁰ Der angelsächsische Kapitalismus, wie er in New York und London praktiziert werde, sei nicht immer mit den europäischen Vorstellungen von Wirtschaftspolitik verein-

²⁶ Vgl. Krugmann, Paul: „The economic consequences of Herr Steinbrueck in: New York Times, 11.Dezember 2008 in: <http://krugman.blogs.nytimes.com/2008/12/11/the-economic-consequences-of-herr-steinbrueck>

²⁷ Vgl: Landler, Mark / Sanger, David E. New York Times, 02.04.2009: http://www.nytimes.com/2009/04/03/world/europe/03summit.html?_r=3&ref=todayspaper

²⁸ Vgl: Lehmitz, Malte: „Obama und Deutschland. Doch nur der nächste Bush?“. Tagesspiegel, 31.03.2009.

²⁹ Vgl. Weisman, Jonathan: Obama hits resistance at G20, Wall Street Journal, 02. April 2009: <http://online.wsj.com/article/SB123857874355677711.html>

³⁰ Vgl. Parsons, Christi: „At G-20, rift develops over Obama's economic recovery plan. French, German leaders resist U.S.-British call to spend more“ Chicago Tribune, 02. April 2009: http://www.chicagotribune.com/news/nationworld/chi-obama-europe_02apr02.0.902918.story

bar. Die Kanzlerin betonte, dass sowohl in den USA als auch in Europa ausreichend große Finanz- und Rettungspakete verabschiedet worden wären. Obamas und Browns Forderung, noch mehr Gelder zur Verfügung zu stellen, lehnte sie mit dem Argument ab, man solle etwas Zeit vergehen lassen, damit die Konjunkturpakete überhaupt erst ihre Wirkung entfalten können. In dieser Ansicht stimmen ihr mehrere deutsche Wirtschaftsexperten zu. Deren Meinung nach könne die Forderung Obamas, noch mehr Gelder zur Verfügung zu stellen, in Deutschland auf Grund dreier entscheidender Faktoren zurückgewiesen werden. Wie Alexander Hagelüken kommentierte, dürfe man nicht annehmen, dass alles was für die USA gut wäre, auch in Deutschland von Erfolg gekrönt sein müsse.³¹ Laut den Zahlen des Internationalen Währung Fonds investiert die USA 3,8% ihres Bruttoinlandsprodukts in Konjunkturpakete. Verglichen damit, sind die deutschen Hilfspakete mit 3,5% des nationalen BIP relativ gesehen nur unwesentlich geringer. Ferner gilt zu berücksichtigen, dass Deutschland über ein ausgebautes Sozialsystem verfügt und somit, die teils in den USA so dringend notwendigen Investitionen in den Sozialsektor, überhaupt nicht nötig hat. Als dritten Punkt gegen derzeitige weitere Finanzpakete spricht die Tatsache, dass Deutschland mit seinem Wirtschaftszyklus hinter den USA liegt. Würde man jetzt die vollen Zusatzzahlungen bereits ausschütten, hätte man in einem Jahr, wenn die tatsächliche Talsohle erreicht wird, keine Mittel mehr zur Verfügung. Dies widerspräche jeglicher Theorie einer guten Wirtschaftspolitik.

Das Verhalten von Merkel und Sarkozy muss jedoch auch im Spiegel deren jeweiliger nationaler Politik bewertet werden. Während Frankreichs Präsident gegen seine sinkende Popularität anzukämpfen hat, bereitet sich die Kanzlerin bereits auf die nächste Bundestagswahl im September vor. Für beide Politiker ist es daher von größter Bedeutung, beim G20 Gipfel erfolgreich die eigenen Länderinteressen zu vertreten und mit Positivem nach Hause zu reisen.³² Obama betonte, dass sich die USA bewusst sei, als Auslöser der globalen Wirtschaftskrise, eine Vorreiterrolle bei deren Bekämpfung spielen zu müssen. Dennoch appellierte er an Europa und den Rest der Welt, der Krise noch aktiver zu begegnen.

³¹ Vgl. Hagelüken, Alexander: "Krugman's Brash Theories: Is Germany really not doing enough to fight the crisis?" The Atlantic Times, 04. April 2009.

³² Vgl. http://www.chicagotribune.com/news/nationworld/chi-obama-europe_02apr02,0,902918.story

6. Die Deutsch-Amerikanische Freundschaft: The Family Dispute?



Noch 2008 hatte die USA in der öffentlichen Meinung in Deutschland ein besorgniserregend schlechtes Image. 70 % der befragten Deutschen äußerten damals ihren Unmut über den einstigen besten Freund. In nur zehn Jahren hatte sich damit die Zahl der USA-Kritiker mit 40 % mehr als verdoppelt. Heute erweckt die Wahl Barack Obamas bei 78 % der Befragten Hoffnung, auf eine nachhaltige Verbesserung des transatlantischen Verhältnisses.³³

Während der Amtszeit Bush sind viele Bücher zum Thema Anti-Amerikanismus erschienen. Auch wenn in Deutschland viele dem von den Medien ironisch titulierten „Cowboy“-Politikstil Bushs häufig kritisch gegenüberstanden, sollte dennoch die transatlantische Freundschaft nicht per se in Frage gestellt werden. Wie der Blick auf die Freundschaftshistorie zeigt, war man auf beiden Seiten des Atlantiks schon häufiger gespalten, ob man für den Partner nun Bewunderung und Zuneigung oder doch eher Verachtung und Ablehnung empfinden sollte. Vielleicht lässt sich das transatlantische Verhältnis mit der folgenden Familiengeschichte charakterisieren.

Für Deutschland ist Amerika wie der Cousin, mit dem jahrelang im Sommerurlaub am Strand gespielt wurde. Es ist die Art von Cousin, den man schon immer für seinen Mut und seine Kühnheit bewunderte, weil er im-

³³ Vgl.

http://www.worldpublicopinion.org/pipa/pdf/jan09/BBC_Inaugural_Jan09_rpt.pdf

mer die größten und besten Sandburgen bauen konnte und einem so gar zweimal das Leben gerettet hat.

Aber einige Sommer später ist man erwachsener geworden und der Cousin, den man bei den Familientreffen nun begegnet, scheint gar nicht mehr so groß, stark und schlau wie die Jahre zuvor. Auch die Sandburgen, die er baut, wirken auf einmal etwas seltsam und wackelig. Aber auch wenn die grenzenlose Bewunderung der vergangenen Sommer etwas verblasst ist, so ist dieser Cousin immer noch ein großartiger Freund, den man unglaublich schätzt. Das Verhältnis hat sich verändert - aber vielleicht sollte man ihm einfach mal sagen, dass man mittlerweile etwas anders über seine Sandburgen und die gemeinsame Beziehung denkt.

Obama hat bewiesen, dass er nicht Bush ist. Der Ton hat sich verbessert, - aber der Cousin ist eben fremd geworden. Überdies sollte man sich in Europa nicht darüber hinweg täuschen, dass auch ein Amerika unter Obama erst einmal amerikanische Interessen vertreten wird. Seine freundlichen aber doch bestimmten Worte während seiner ersten Europa-reise zum G20 Gipfel, haben dies bereits gezeigt. Es ist gut, wieder einen amerikanischen Präsidenten zu haben, der von der Welt wieder gemocht wird. Dennoch wird Obama Forderungen an Deutschland stellen, die die derzeitige „Obamamanie“ schon bald dämpfen könnten. Die Weichen für eine neue transatlantische Zusammenarbeit sind gestellt. Amerika wird weiterhin seine Interessen verfolgen, aber gleichzeitig versuchen mehr zuzuhören. „America needs the world just as the world needs America“.³⁴ Die internationale Finanzkrise ist nur eine der großen Aufgaben die es zu meistern gilt. Obama hat bereits viele Themen auf der amerikanischen Agenda in Angriff genommen. Wie erfolgreich er dabei ist, lässt sich jedoch erst in geraumer Zeit beurteilen. Dennoch kann bereits heute gesagt werden, dass es ihm gelungen ist ein neues amerikanisches Präsidenten-Image in die Welt hinauszutragen. Wenngleich er als Vertreter amerikanischer Interessen auch unbequeme Entscheidungen für die Deutschen treffen wird, so kann seine Popularität doch nur von Vorteil sein, um Deutschland von seinen Ideen zu überzeugen.

³⁴ Vgl. Vizepräsident Joe Biden auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2009

USA

KRISTINA KELLNER

(PRAKTIKANTIN)

März 2009

www.kas.de

www.kasusa.org

7. Literaturverzeichnis

Gebauer, Matthias: „Obama charmiert Europa in die Enge“. Spiegel Online, 03.04.2009.

Hagelueken, Alexander: „Krugman's Brash Theories: Is Germany really not doing enough to fight the crisis?“ The Atlantic Times, 04. April 2009.

Haftendorn, Helga: „Die außenpolitischen Positionen von Obama und McCain, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 37-38 2008, September 2008

Hollander, Paul: „Understanding Anti-Americanism“, 2004.

Janning, Josef: „Welcome Back, America? Die USA und Europa im Aufbruch.“ Spotlight Europe, Bertelsmann Stiftung, November 2008.

Kamp, Karl-Heinz: „Der deutsche Weg. Sicherheitspolitische Halbzeitbilanz der Bundesregierung.“ Konrad-Adenauer-Stiftung, Nr. 418 September 2004.

Krugmann, Paul: „The economic consequences of Herr Steinbrueck in: New York Times, 11. Dezember 2008 in:

<http://krugman.blogs.nytimes.com/2008/12/11/the-economic-consequences-of-herr-steinbrueck>

Landler, Mark / Sanger, David E. New York Times, 02.04.2009:

http://www.nytimes.com/2009/04/03/world/europe/03summit.html?_r=3&ref=todayspaper

Lehmig, Malte: „Obama und Deutschland. Doch nur der nächste Bush?“. Tagesspiegel, 31.03.2009.

„Obama strebt neue Größe an.“ Handelsblatt online, 31.03.2009.

Parsons, Christi: „At G-20, rift develops over Obama's economic recovery plan. French, German leaders resist U.S.-British call to spend more“ Chicago Tribune, 02. April 2009:

http://www.chicagotribune.com/news/nationworld/chi-obama-europe_02apr02.0.902918.story

Petersen, Thomas: „Gefährdete Freundschaft“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.03.2003, Seite 5.

Risse, Thomas: Kontinuität durch Wandel: Eine neue deutsche Außenpolitik? Nr 11. 08.03.2004. Das Parlament: Aus Politik und Zeitgeschichte.

Roberts, Walter R. „Rebooting America's Image Abroad“. Public Diplomacy Alumni Association. 16. Februar 2009.

Snow, Nancy: „Persuader-in-Chief: Global Opinion and Public Diplomacy in the Age of Obama“, Nimble Books, 2009.

Weisman, Jonathan: Obama hits resistance at G20, Wall Street Journal, 02. April 2009:

<http://online.wsj.com/article/SB123857874355677711.html>

USA

KRISTINA KELLNER

(PRAKTIKANTIN)

März 2009

www.kas.de

www.kasusa.org

Polls:

PEW Global Attitudes Project, 2008:

<http://pewglobal.org/reports/display.php?ReportID=263>

PEW Global Attitudes Project, What the world think in 2002:

<http://pewglobal.org/reports/display.php?ReportID=165>

„Deutsche halten USA für gefährlicher als den Iran“. Welt online, 28. März 2007:

http://www.welt.de/politik/article781382/Deutsche_halten_USA_fuer_gefaehrlicher_als_Iran.html

PEW Global Attitudes Project, 2006, America's Image Slips, But Allies Share U.S. Concerns Over Iran, Hamas:

<http://pewglobal.org/reports/display.php?ReportID=252>

Gallup, Americans have positive views of countries Bush will visit, 2008:

<http://www.gallup.com/poll/107788/Americans-Positive-Views-Countries-Bush-Will-Visit.aspx>

Gallup, Britons, French, German solidly back Obama, 2008:

<http://www.gallup.com/poll/109018/Britons-French-Germans-Solidly-Back-Obama.aspx>

World Public Opinion, Growing optimism that Obama will improve US relations: Global Poll, 2009:

http://www.worldpublicopinion.org/incl/printable_version.php?pnt=583

World Public Opinion, Views of China and Russia Decline in Global Poll, 2009:

<http://www.worldpublicopinion.org/pipa/images/feb09/BBCEvals/BBCEvals4.htm>

The German Marshall Fund of the United States and The Chicago Council on Foreign Relations, Worldviews 2002, Survey of American and European Attitudes and Public Opinion on Foreign Policy:

http://www.worldviews.org/key_findings/transatlantic_report.htm

BBC World Service Poll: Growing optimism that Obama will improve US Relations: 20. Januar 2009:

http://www.worldpublicopinion.org/pipa/pdf/jan09/BBC_Inaugural_Jan09_rpt.pdf